

Pressemitteilungen 2001

16.9.01 SD: Klare Absage an Terrorismus

Die Schweizer Demokraten (SD) sind tief erschüttert über die schrecklichen Terroranschläge in New York und Washington, welche offensichtlich radikalislamischen Fanatikern zugerechnet werden müssen. Es ist jetzt an der Zeit, dass unsere Behörden dem Terrorismus eine unwiderrufliche Absage erteilen. Keinesfalls darf zugelassen werden, dass skrupellose Mörder hierzulande Unterschlupf finden. Die unserem Nachrichtendienst bekannten Terrororganisationen sollten nach Ansicht der SD beobachtet und verboten werden, denn auch die Schweiz ist gegen vergleichbare Terroranschläge nicht gefeit.

Die Politikerinnen und Politiker, welche die Schweiz als Einwanderungsland propagieren und für noch mehr Einwanderung werben, sollten sich im stillen Kämmerchen endlich ihre Gedanken darüber machen, was sie bis heute mit ihrer Politik der Immigration (auch aus ganz fremden Kulturkreisen) angerichtet haben. Elemente fremder Kulturen wie die Todesverachtung, die bei fanatischen Moslems immer wieder in Erscheinung tritt, können – wie man sieht – sehr gefährlich werden und uns Tod und Verderben bringen.

SD-Geschäftsleitung

20.8.01 Nach den Angriffen auf Militärangehörige:

SD fordern «Sackbefehl Pfefferspray»

Für die Schweizer Demokraten (SD) sollen sich Schweizer Wehrmänner im Ausgang künftig nicht mehr alles gefallen lassen müssen. Deshalb wird SD-Nationalrat und -Zentralsekretär Bernhard Hess in der kommenden Herbstsession im Bundeshaus vorstellig: Er fordert in einem parlamentarischen Vorstoss für Schweizer Militärs im Ausgang «Sackbefehl Pfefferspray».

Laut SD ist es für jeden Wehrmann entwürdigend und eine Schande, im Falle eines Angriffs seitens gewaltbereiter Ausländer oder Linksextremisten den von der Armee-Spitze verordnete Befehl «Abhauen» zu vollziehen. Wo Ruhe und Ordnung gebrochen werden, ist die Armee nach wie vor per Verfassung zum «Ordnungsdienst» verpflichtet. Deshalb fordert SD-Nationalrat Bernhard Hess die Prüfung einer angemessenen Bewaffnung von Schweizer Soldaten zum Selbstschutz im Ausgang. Insbesondere schwebt ihm die Abgabe von Pfeffer- oder CS-Reizgasssprays an Schweizer Militärangehörige als Sackbefehl vor. Hess weist in seinem parlamentarischen Vorstoss darauf hin, dass insbesondere auch die Securitas-Sicherheitsangestellten infolge vermehrter Gewaltvorfälle kürzlich mit Pfeffer- oder Reizgasssprays ausgestattet wurden.

Schweizer Demokraten (SD), Bernhard Hess, Nationalrat, SD-Zentralsekretär

8.8.01 Schweizer Wehrmänner durch ausländische Schläger zusammengeschlagen:

SD fordern Verurteilung der Ausländergewalt

Die Schweizer Demokraten (SD) fordern den Bundesrat auf, die brutale Tat von Ausländern gegen Rekruten und Korporale der Schweizer Armee genauso zu verurteilen wie er es im Falle einer

sogenannten «rechtsextremen» oder «fremdenfeindlichen» Tat gegen Ausländer ganz sicher tun würde.

Nicht länger darf es angehen, dass seitens der Regierenden, der Behörden und der Medien die Gewalt von Ausländern und Linksextremisten verschwiegen oder zumindest verharmlost wird. Insbesondere sollen die Medien auch künftig bei jedem Straffall die Nationalität nennen.

Mit Besorgnis beobachten die SD die grosse Gewaltbereitschaft von Ausländern – insbesondere aus dem Balkan – und Linksaktivisten gegen Schweizer Wehrmänner in Uniform. Immer mehr werden Rekruten und vor allem Offiziere der Schweizer Armee von nichtassimilierten Ausländern und Anarchisten beleidigt, bespuckt und sogar tödlich angegriffen. Die SD fordern insbesondere auch die schonungslose Aufklärung des Vorfalls, der sich im Anschluss an die WEF-Nachdemonstration ereignet hat: Damals entwendeten Linksaktivisten einem Schweizer Soldaten im Bahnhof Zürich das Sturmgewehr.

Schweizer Demokraten (SD), Bernhard Hess, Nationalrat

24.3.01 SD gegen Teilausverkauf der Heimat

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen mit grossem Missmut von den Plänen des Bundesrates Kenntnis, der Wiederverkäufe von Ferienwohnungen zwischen Ausländern nicht mehr an das kantonale Kontingent anrechnen will. Mit dieser Lockerung der Gesetzesbestimmungen missachtet die Landesregierung den deutlichen Volksentscheid vom 25. Juni 1995. Damals sind 53 Prozent der Stimmenden dem SD-Referendum gegen die Lockerung der Lex Friedrich (gegen den «Ausverkauf der Heimat») gefolgt.

Bereits jetzt kündigen die Schweizer Demokraten (SD) schärfsten Widerstand gegen die Lockerung und Aushöhlung der Lex Friedrich an. Niemals werden die SD auch nur einen Teilausverkauf der Heimat zulassen.

Bernhard Hess, Nationalrat und SD-Zentralsekretär

5.3.01 SD hocheifrig über EU-Nein EU-Beitritt jetzt Lichtjahre entfernt- Bundesrat muss Beitritts-gesuch zurückziehen

Die Schweizer Demokraten (SD) sind hocheifrig über den deutlichen Volksentscheid zum irreführenden Begehren «Ja zu Europa». Mit diesem klaren Votum hat sich eine überwältigende Mehrheit des Schweizer Volkes eindrücklich für eine freie und unabhängige Schweiz ausgesprochen.

Der Beitritt in die zentralistische, bürokratische und demokratiedefizitäre Europäische Union ist somit in weite Ferne gerückt. Die Euroturbo haben mit dem Durchpaucken ihrer kurzfristigen EU-Anschluss-Initiative ein klassisches Eigentor geschossen; der EU-Beitritt der Schweiz ist nun Lichtjahre entfernt.

Ebenfalls erfreut zeigen sich die SD, dass nun bedeutende Bevölkerungsteile in der Romandie – die Mehrheit auch dort - die Vorteile einer unabhängigen Schweiz zu schätzen wissen. **Den Röstigraben gibt es nicht mehr!**

Die SD fordern den Bundesrat nach diesem überdeutlichen Volksentscheid auf, sein in Brüssel eingefrorenes EU-Beitritts-gesuch der Schweiz unverzüglich zurückzuziehen und sich somit damit abzufinden, dass eine klare Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer nicht in diese Union eintreten will.

Rudolf Keller, a.Nationalrat, SD-Zentralpräsident

31.1.01 SD gegen die Verschleuderung des Bürgerrechts

Die Schweizer Demokraten (SD) wenden sich vehement gegen den Vorschlag des Bundesrates, dass Ausländer der 3. Generation bereits bei der Geburt automatisch Schweizer werden sollen. Inakzeptabel ist auch die Idee, der Einbürgerungserleichterungen bei der 2. Ausländergeneration, auch dann wenn sie die Mehrheit der Schulzeit in der Schweiz verbracht haben. Selbstverständlich lehnen die SD auch ein willkürliches Beschwerderecht gegen die Ablehnung von Einbürgerungen entschieden ab.

Die SD bekräftigen hiermit Ihren Beschluss des Zentralvorstandes vom 17. Juni 2000, an welcher das Referendum gegen jegliche Erleichterungen der Einbürgerungen und die Verwässerung der Einbürgerungsvorschriften einstimmig beschlossen wurden. Niemals werden es die SD zulassen, dass das Schweizer Bürgerrecht zum Nulltarif verschleudert wird.

Bernhard Hess, Nationalrat, SD-Zentralsekretär

15.1.01 Mutmassliche Gesundheitsgefährdung von Swisscoy-Angehörigen im Balkan durch Nato-Uran-Munition: Armee-Auslandeinsätze sind kein Sonntagsspaziergang

Die Schweizer Demokraten (SD) als Gegner der bewaffneten Ausland-Militäreinsätze empfinden keinesfalls Genugtuung, sondern grosse Besorgnis über die tiefe Verunsicherung, die durch die Verwendung von Uran-Munition durch die Nato-Militärs im Balkan entstanden ist. Jeder Swisscoy-Freiwillige, aber auch dessen Eltern und Angehörige, werden jetzt wohl noch deutlicher als bisher erkennen, dass die Wirklichkeit solcher Auslandsengagements sehr bitter werden kann. Das bisher propagandistisch geschönte Wunschbild des Bundesrates und des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) über angeblich fast gefahrlose Einsätze von Swisscoy-Freiwilligen ist brutal korrigiert worden. Hier geht es nicht um einen Sonntagsspaziergang. Von Kampfhandlungen bis zu langfristiger Gesundheitsgefährdung ist jederzeit mit allem zu rechnen. Deshalb sollte das altbewährte Neutralitätskonzept der Schweiz nicht zulasten einer Nato-kompatiblen, interventionsfähigen Armee geopfert werden, die sich auch in fremde Händel einmisch.

Bernhard Hess, Nationalrat und SD-Zentralsekretär